



Presseschau vom 19.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Jüngster Bericht: Wissenschaftler schließen künstlichen Ursprung von Coronavirus aus**

Das Virus SARS-CoV-2, das Covid-19 verursacht, kann laut einem am Freitag veröffentlichten wissenschaftlichen Artikel nur das Produkt einer mehrstufigen natürlichen Selektion sein. ...

<https://snanews.de/20210719/juengster-bericht-wissenschaftler-schliessen-kuenstlichen-ursprung-von-coronavirus-aus-2892566.html>

de.rt.com: **Chinas angebliche "heimliche Propagandisten" wehren sich gegen "Welt"-Vorwürfe**

Eine auflagenstarke Zeitung hat einen ausführlichen Artikel über ein angebliches chinesisches Desinformationsnetzwerk, bei dem eine junge deutsche Studentin eine wichtige Rolle spielen soll, veröffentlicht. "RT DE" sprach mit der Studentin und untersuchte Dokumente, die Zweifel auf die "Welt"-Story werfen. ...

<https://kurz.rt.com/2kyf>

snanews.de: **„Pegasus-Projekt“: Journalisten und Politiker über Smartphone-Software ausgespäht – Bericht**

Das Journalistenkonsortium „Forbidden Stories“ mit Sitz in Paris hat in einer zusammen mit

der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ durchgeführten Recherche über die Verwendung einer Spionagesoftware gegen Journalisten, Aktivisten und Politiker berichtet. ...
<https://snanews.de/20210719/pegasus-smartphone-software-2895225.html>

**de.rt.com: Überprüfung der US-Wahl in Arizona: Offenbar große Unstimmigkeiten bei
offizielltem Ergebnis**

Die Überprüfung der bei der US-Präsidentschaftswahl in Arizona abgegebenen Stimmen kam zuletzt nur schleppend voran. Die Prüfer erstatteten jetzt erstmals Bericht: Es gebe große Unstimmigkeiten. Der geprüfte Bezirk verweigere zudem die Herausgabe wichtiger Materialien. ...

<https://kurz.rt.com/2lcm>

abends/nachts:

snanews.de: Pentagons Top-General warnt vor „Krieg der Großmächte“ – Neues Nato-Kommando gestartet

Der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, General Mark Milley, hat vor den Gefahren einer neuen globalen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten gewarnt. Ein solches Szenario könnte die westliche Allianz laut ihm verhindern.

Bei der Eröffnung des neuen Nato Joint Force Command Norfolk (JFC-NF), eines gemeinsamen Einsatzkommandos, das mit der Bekämpfung eines „wiederauflebenden Russlands“ im Atlantik beauftragt sei, sagte Milley am Donnerstag, dass die Mission von JFC-NF im Kriegsfall darin bestehen würde, „die Schlacht um den Atlantik“ auszustehen. „Ich würde Ihnen sagen, dass das Überleben der Nato, der Erfolg oder Misserfolg im Kampf in einem zukünftigen Krieg in Europa weitgehend vom Erfolg oder Misserfolg dieses Kommandos abhängen würde“, betonte der General.

„Meiner Ansicht nach tritt die Welt in eine Phase potenzieller Instabilität ein, da einige Nationen – nicht alle, aber einige – und eindeutig terroristische Gruppen und vielleicht einige kriminelle Akteure versuchen, die bestehende internationale Ordnung zu untergraben und in Frage zu stellen. Und sie versuchen, das seit einiger Zeit bestehende System der Zusammenarbeit und kollektiven Sicherheit zu schwächen“, glaubt Milley.

Aus seiner Sicht versucht die seit siebeneinhalb Jahrzehnten bestehende internationale Ordnung, Konflikte wie der Erste und Zweite Weltkrieg zu verhindern. Dies sei nun auch das Ziel des JFC Norfolk. Des Weiteren soll die Nato die militärische Überlegenheit gegenüber potenziellen Gegnern bewahren, um solche Konflikte verhindern zu können.

Vom Polarkreis bis zum Südpol

Auch der Vizeadmiral Andrew Lewis, der Kommandant der 2. US-Flotte, der jetzt auch das Kommando über JFC-NF erhalten hat, warnte vor einer zunehmenden russischen U-Boot-Aktivität im Atlantik und in der Arktis als Herausforderung für den Westen nach seinem „Sieg“ nach dem Kalten Krieg.

„Wir werden erneut von Bedrohungen in diesen Gewässern herausgefordert. Beide [Russland und China] haben ihre Präsenz im Atlantik erhöht, vom Polarkreis bis zum Südpol“, sagte Lewis. In einer solchen Situation, beklagte er, könne die Nato „nicht mehr davon ausgehen, dass wir die Kontrolle über den Atlantik haben, wie wir sie am Ende des Kalten Krieges hatten“.

Der Kommandant der 2. US-Flotte stellte auch klar, dass das neue Atlantik-Kommando der Nato „Situationsbewusstsein vermitteln“ und die strategische Planung des Bündnisses unterstützen und an verschiedenen Bündnisübungen teilnehmen würde.

Hochrangige russische Beamte, darunter Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow, sprachen ebenfalls wiederholt über die Bedeutung der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Kürzlich haben sie die USA und ihre Verbündeten beschuldigt,

versucht zu haben, die Nachkriegsordnung zu zerstören, indem jene Moskaus Rolle beim Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg in Frage stellten und nach 1991 die Nato bis zu den Grenzen Russlands erweiterten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1440x0_80_0_0_7a745cedec385e01a271d6256b51b87c.jpg

snnews.de: **OPEC+ verlängert Vertrag zur Förderbremse und hebt Förderquoten schrittweise an**

Die Öl-Allianz OPEC+ hat den Vertrag über eine Einschränkung der Ölförderung bis Ende 2022 verlängert. Das geht aus dem Kommuniké einer Ministersitzung in Wien hervor.

Die daran beteiligten Länder haben unter anderem vereinbart, ab August jeden Monat die Gesamtförderung um 400.000 Barrel pro Tag zu steigern, bis die derzeitige Einschränkung von 5,8 Millionen Barrel voll ausgeglichen ist. Es wird davon ausgegangen, dass man bis Ende September 2022 aus der Einschränkung herauskommt.

Das Haupthindernis bei den Beratungen war die Frage einer Erhöhung des Basisniveaus der Ölförderung für die VAE, die die Tagesfördermenge auf 3,8 Millionen Barrel steigern wollten. Man einigte sich letzten Endes auf 3,168 Millionen Barrel pro Tag. Es wurde vereinbart, dass die VAE ab Mai 2022 die Basismenge um 330.000 Barrel pro Tag und Kuwait um 150.000 Barrel pro Tag erhöhen werden. Außerdem wurde die Tagesfördermenge für Russland und Saudi-Arabien auf 11,5 Millionen Barrel erhöht.

Die gegenwärtigen Vereinbarungen der OPEC+ gelten seit Mai 2020. Damals hatte die Öl-Allianz wegen des durch die Covid-19-Pandemie verursachten Nachlassens der Nachfrage nach Erdöl die Förderung um 9,7 Millionen Barrel pro Tag reduziert. Mit der Stabilisierung der Situation wurde auch das Limit korrigiert, das sich heute auf 5,76 Millionen Barrel beläuft. Als Ausgangsbasis für die Teilnehmer des Deals wurde Oktober 2018 und für Russland und Saudi-Arabien die Menge von elf Millionen Barrel festgesetzt.

Die nächste OPEC+-Sitzung ist auf den 1. September anberaumt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/12/2889578_0:157:3083:1891_1440x0_80_0_0_015fb449dd4e898375f328c1c147b16c.jpg

de.rt.com: **Afghanistan: Taliban weiter auf dem Vormarsch – Über die Hälfte aller Bezirke unter Kontrolle**

Der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan geht einher mit dem Vormarsch der Taliban, die inzwischen über die Hälfte der Bezirke unter ihre Kontrolle bringen konnten. Die massiven Gebietsgewinne der Islamisten gehen mittlerweile weit über einfach zu erobernde Bezirke hinaus.

Wenige Wochen vor dem offiziellen Ende des Abzugs der internationalen Truppen aus Afghanistan halten die Taliban mehr als die Hälfte aller Bezirke des Landes. Das geht aus einer Recherche der Deutschen-Presse Agentur in den 34 Provinzen hervor. Die Islamisten kontrollieren demnach aktuell eine knappe Mehrheit von rund 210 der insgesamt rund 400 Bezirkszentren. Die Regierung hält etwa 110 und weitere rund 80 Bezirke sind umstritten. Seit Anfang Mai, dem Beginn des Abzugs der internationalen Truppen, haben die Taliban mehr als 150 Bezirke neu erobert, vor allem im Norden des Landes, wo sie in den 1990er Jahren auf den meisten Widerstand getroffen waren. Experten finden mittlerweile deutliche Worte. "Der Vormarsch der Taliban in den vergangenen Wochen ist unbestreitbar und bedeutsam", heißt es etwa im jüngsten Bericht der Kabuler Denkfabrik Afghanistan Analysts Network (AAN).

In einem Teil der neu eroberten Bezirke hatten die Islamisten bereits praktisch alle Gebiete bis auf das Bezirkszentrum gehalten, sie waren also vergleichsweise einfach zu übernehmen. Gleichzeitig wollte die Regierung ihre in kleinen Zahlen in jedem Bezirk verstreuten Kräfte in Gebieten zusammenziehen, die besser zu versorgen und einfacher zu verteidigen sind.

Die Gebietsgewinne gehen aber weit darüber hinaus. Binnen rund zwei Tagen etwa fielen rund 25 Bezirke der Provinz Badachschan im Nordosten des Landes an die Taliban – ein Gebiet, das sie nicht einmal während ihrer Herrschaft zwischen 1996 und 2001 gehalten hatten. Heute sitzen die Taliban etwa im Bezirksverwaltungsgebäude von Wachan, einem Bezirk, der bisher nie Taliban-Kämpfer zu Gesicht bekommen hatte.

Die Aufständischen haben es darüber hinaus offenbar auch auf finanziell lukrative Ziele abgesehen. Neben den Bezirken eroberten sie mehrere Grenzübergänge, darunter zwei der drei wichtigsten: Spin Boldak nach Pakistan und Islam Kala in den Iran. Damit fügen sie Kabul massive Einbußen bei Einnahmen zu. Laut Finanzministerium betrugen die Einnahmen der Zollbehörden zuletzt rund vier Millionen US-Dollar pro Tag.

Gleichzeitig nahmen die Taliban neue Abschnitte der Ringstraße ein, die die wichtigsten Städte verbindet. Das ermöglicht ihnen, noch mehr Kontrollpunkte zu errichten und damit Fahrzeuge sowie Insassen zu überprüfen, illegale Steuern zu erheben und die Bewegungen der

Sicherheitskräfte weiter einzuschränken. Wer heute auf dem Landweg ausreisen möchte, ohne den Islamisten zu begegnen, hat nunmehr wenige Möglichkeiten und braucht zudem Glück. Signifikant ist laut Afghanistan Analysts Network aber auch, was die Islamisten bisher nicht erobern konnten. Dies seien einerseits Gebiete im Osten und Teile des Südostens des Landes an der Grenze zu Pakistan. Möglicherweise wollten die Sponsoren der Taliban, der pakistanische Geheimdienst ISI, an diesem Grenzabschnitt noch keine Kämpfe, heißt es in der AAN-Analyse.

Gleichzeitig gebe es in diesen Provinzen aufgrund lokaler Besonderheiten – etwa wegen des Kampfes der Regierung gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) – kompetente Streitkräfte und ein Netzwerk starker, regierungsnaher Milizen, darunter eine auch bisher CIA-geführte Miliz, der in der Vergangenheit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden.

Aber auch Provinzhauptstädte konnten die Taliban bisher nicht einnehmen. In mindestens zehn dieser Städte gab es in den vergangenen Wochen Gefechte in den Außenbezirken oder auch näher zum Zentrum, allerdings konnten die Sicherheitskräfte bisher diesen Vorstößen entgegenhalten.

Laut US-Präsident Joe Biden endet der US-Einsatz in Afghanistan am 31. August. Die NATO hat das Ende des Militäreinsatzes noch nicht offiziell kommuniziert, dieser ist aber de facto beendet. In Doha im Golfemirat Katar laufen wieder Gespräche zwischen den Taliban und der Regierung, allerdings sind die Hoffnungen minimal, dass bald signifikante Fortschritte erzielt werden. In Geheimdienstkreisen in Kabul wird damit gerechnet, dass die Taliban weiter militärisch vorrücken, auch auf die Hauptstadt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f4385bb480cc7a700b223c.JPG>

snanews.de: **Massive Waldbrände in Jakutien und Karelien – Flug- und Flussverkehr eingeschränkt**

Seit Anfang Juli kämpft Jakutien mit massiven Waldbränden, die wegen des trockenen und heißen Wetters ausgebrochen sein sollen. Mehr als 50 Gebiete sind mit Rauch bedeckt. Aufgrund dessen wurden auch der Flugverkehr und die Schifffahrt auf dem Fluss Lena eingeschränkt.

Nach Angaben der Mitarbeiter des Ministeriums für Notfallsituationen wurden in Jakutien bereits 187 Waldbrände registriert, deren Fläche fast eineinhalb Millionen Hektar beträgt. Die Waldbrände in Jakutien hätten ein solches Ausmaß, dass man sie aus dem Weltraum sehen könne, hieß es.

Aufgrund mangelnder Sicht hätten sich am diesem Wochenende mehrere Flüge verspätet, schrieb der Flughafen Jakutsk auf Instagram. „Der Flughafen kann keine Flüge empfangen und starten lassen, bis sich die Wetterbedingungen verbessern“, hieß es in der Mitteilung. Laut

der Website des Flughafens sind alle Flüge bis mindestens 19. Juli verschoben. Auch in Karelien, im Nordwesten des Landes, verschlechtert sich die Lage rapide. Dort wurden 22 Brände auf einer Fläche von über 3.100 Hektar verzeichnet. In diesem Jahr erlebe die Region den trockensten Sommer in der gesamten 150-jährigen meteorologischen Beobachtungszeit, sagte der Oberhaupt der Republik Jakutien, Aisen Nikolajew, am Sonntag. Mehr als 2.200 Menschen mit 271 technischen Geräten und Fahrzeugen nehmen an der Löschung von Bränden teil. Das Ministerium für Notsituationen, das Verteidigungsministerium Russlands sowie das Ministerium für natürliche Ressourcen und Ökologie sind mit ihren Kräften vor Ort im Einsatz.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/11/2878933_0:159:3079:1890_1440x0_80_0_0_340091ef75d773c47b3a8afc85c74994.jpg

de.rt.com: **Präsident Assad verspricht bei Vereidigung Bekämpfung westlicher Sanktionen**

Der syrische Präsident versprach in seiner Antrittsrede, dass Syrien negative Auswirkungen des Wirtschaftskrieges überwinden und besetzte Gebiete zurückerobern werde, die nach zehn Jahren Kampf weiterhin unter der Kontrolle der Terroristen und Besatzungsmächte stünden. Syriens Präsident Baschar al-Assad trat am Samstag seine vierte Amtszeit an. Vor 600 Gästen, darunter Geschäftsleute, Geistliche und Journalisten, legte der 55 Jahre alte Staatschef im Präsidentenpalast in Damaskus den Amtseid ab, wie die Nachrichtenagentur SANA berichtete.

In seiner Antrittsrede sagte Assad, bei der Präsidentenwahl vom 26. Mai habe das syrische Volk die Legitimität des Staates unter Beweis gestellt. Das syrische Volk habe mit seinem Votum die Kritik des Westens in die Schranken gewiesen. Durch sein Bewusstsein und sein nationales Zugehörigkeitsgefühl habe das Volk bewiesen, dass die Entschlossenheit der Menschen bei der Verteidigung ihrer Rechte nicht nachlassen werde, unabhängig davon, was Fremde für Syrien geplant hätten, erklärte Assad mit Blick auf die USA und deren Verbündeten. Diese hätten versucht, Chaos zu schüren, doch ihre "Projekte" seien durch die nationale Einheit gescheitert, fügte er hinzu.

Assad betonte, dass die Stabilität Syriens oberste Priorität habe und alles, was sie und die Sicherheit des Landes beeinträchtige, abgelehnt werde. Er erneuerte laut Press TV seine Amnestie für diejenigen, die sich gegen die Regierung gewandt hatten, indem sie eine vom Ausland aufgeputschte Rebellion in Syrien unterstützt hatten.

"Ich wiederhole meinen Aufruf an alle, die getäuscht wurden und auf den Zusammenbruch des Heimatlandes und auf den Sturz des Staates wetteten, in den Schoß des Heimatlandes zurückzukehren, da die Wetten verloren gegangen sind, während das Heimatland weiterhin besteht."

Bei der Zeremonie am Samstag dankte Assad der syrischen Armee, die das Land größtenteils von Terrorgruppen befreit habe. Dabei bekräftigte er das Vertrauen der Syrer in die Armee. "Dieses Vertrauen hat das Unmögliche erreicht, und das ist es, was wir heute brauchen, um dem Wirtschaftskrieg entgegenzutreten", fügte der Präsident hinzu.

Er forderte zudem die syrischen Flüchtlinge auf, wieder in die Heimat zurückzukehren. Wer wegen der Vermutung eines Zusammenbruchs Syriens das Land verlassen hat, müsse zurückkehren, sagte Assad nach der Vereidigung.

Assad erklärte in seiner Rede, dass alle seine Sorgen darin bestünden, "das Land zu befreien und sich den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Krieges zu stellen". Er sagte, dass das syrische Volk, das einen erbitterten Krieg durchgemacht und den größten Teil seines Landes zurückerobert habe, sicherlich in der Lage sei, seine Wirtschaft unter den schwierigsten Umständen mit dem gleichen Willen und der gleichen Entschlossenheit aufzubauen.

Im Zuge des Konflikts seit 2011 wurde Syrien von den USA und der EU mit einer Reihe von Sanktionen belegt, die Assad letztes Jahr als "wirtschaftlichen Terrorismus" bezeichnete. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump unterzeichnete im Dezember 2019 das sogenannte "Caesar-Gesetz zum Schutz der syrischen Zivilisten". Die sogenannten Caesar-Sanktionen traten am 17. Juni 2020 in Kraft, darunter auch Sekundärsanktionen, die Unternehmen weltweit bestrafen, die mit der syrischen Regierung zusammenarbeiten. Das Caesar-Gesetz betrifft Drittstaaten, die mit Syrien Handel treiben. Dazu gehören Russland, Iran, Irak und Libanon.

Syrien kämpft derzeit für eine Rückkehr zur Normalität, nachdem ein Großteil des Landes von Terrororganisationen und deren Verbündeten befreit wurde. Die letzte Hochburg der Dschihadisten befindet sich in der Provinz Idlib im Nordwesten des Landes, wo auch türkische Truppen präsent sind. Ein Großteil der Gebiete in Nordostsyrien befindet sich zudem unter Kontrolle der kurdisch dominierten SDF, die vom US-Militär unterstützt wird. Die syrische Regierung in Damaskus hat ausländische Akteure wie die USA und die Türkei mehrfach aufgefordert, separatistische Bewegungen und dschihadistische Milizen in Nordsyrien nicht zu fördern und die syrische Souveränität nicht weiter zu verletzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f3f7e1b480cc5b7234b978.jpg>

snanews.de: **Camp der EU-Ausbildungsmission in Mali beschossen**

Die EU-Trainingsmission in Mali meldete am Sonntag den Beschuss ihres Camps Koulikoro.

Wie es im Twitter-Konto der Mission hieß, griffen Unbekannte den Ort am Morgen mit Handwaffen an.

Die Sicherheitskräfte des Camps erwiderten das Feuer und die Angreifer flüchteten kurz darauf. Es gebe keine Opfer und Schäden, lautete es im Posting.

Die Bundeswehr, die auch an der Mission beteiligt ist, bestätigte in einer separaten Twitter-Mitteilung, dass keine deutschen Kräfte von der Attacke betroffen wurden.

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Juli 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Außenminister Venezuelas: Linke "erobert" Lateinamerika zurück**

Die lateinamerikanische Region zeichne sich durch einen historischen Kampf um Autonomie und Rechte aus, erklärte der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza am Freitag im Gespräch mit dem Sender teleSUR. Was in Haiti passiert ist, könne in jedem der Länder passieren.

Lateinamerika stehe vor einem historischen Kampf um die Verteidigung seiner Autonomie und Rechte, erklärte der venezolanische Außenminister Jorge Arreaza am Freitag im Gespräch mit dem Sender teleSUR. Demnach gehen die aktuell deutlichen Auseinandersetzungen mit dem "Imperialismus" auf eine gut 200 Jahre währende Geschichte zurück, die vom Kampf auch um natürliche Ressourcen und andere Vorteile geprägt ist.

Arreaza ging auch auf die Herausforderungen ein, mit denen mehrere Länder in der Region konfrontiert sind, darunter Untersuchungen einer Beteiligung des ehemaligen argentinischen Präsidenten Mauricio Macri am Putsch gegen Evo Morales im Jahr 2019, der Ermordung des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse sowie von Zusammenstößen mit Paramilitärs in Caracas und der Proteste in Kuba. In einem exklusiven Interview mit teleSUR sagte er:

"Es ist ein historischer Streit um Territorium, um natürliche Ressourcen, um eine wunderbare geografische Position auf der Welt, und in den letzten Jahren haben sowohl die Umkehrung des Staatsstreichs in Bolivien als auch der Widerstand Venezuelas und der gesunde und friedliche Übergang in Kuba eine Wirkung gehabt."

Washington habe wiederholt mit Staatsstreichen reagiert, so Arreaza weiter und verwies auf die Ereignisse im letzten Jahrzehnt in Ländern der Region, darunter in Honduras im Jahr 2009, außerdem in Paraguay, in Venezuela und anderen Staaten, in denen die USA meist rechtsgerichtete Kandidaten finanzierten. Auch nahm er vor diesem Hintergrund Bezug zu den aktuellen Vorgänge in Kuba, Haiti und Bolivien, die jeweils keinesfalls isolierte Ereignisse seien. In der Sondersendung "Lateinamerika im Streit" warnte Arreaza:

"Wir müssen sehr wachsam sein, um zu verstehen, dass dies eine historische Auseinandersetzung ist und dass wir uns in dem Jahrzehnt befinden, in dem sie definiert werden muss."

Doch er zeigte sich optimistisch angesichts des Widerstands in der Region, der vor allem von der Mehrheit der jeweiligen Völker ausgehe. Denn laut Arreaza sind die Völker Lateinamerikas und der Karibik solidarisch und großzügig, die Linke entspreche ihrem Charakter, was womöglich einzigartig in der Welt sei und sich in sozialen Bewegungen, Organisationen und Gewerkschaften widerspiegele.

"Die Eliten, die sie regiert haben, versuchen zu verhindern, dass diese Völker die politische Macht kontrollieren. In der Demokratie regieren die Mehrheiten, die Mehrheiten sind bescheiden und revolutionär. Die Eliten verhindern das. Das passiert in den USA, in Honduras, Kolumbien und Chile, bis jetzt.", so der Außenminister. Die andauernden Auseinandersetzungen mit dem "Imperialismus" gingen dabei weit über die jeweilige Person im Weißen Haus hinaus. Und weiter:

"Es sind Konzerne, ein Netzwerk von Militär-, Finanz-, Kriegs- und Technologiekonzernen, die keine Nationalität respektieren und in einigen Regierungen vertreten sind, von denen die

wichtigste die der USA ist."

Seine Regierung habe die Bereitschaft zum Dialog dennoch beibehalten, jedoch müssten die von Präsident Nicolás Maduro übermittelten Bedingungen erfüllt werden, um ein Ende der Aktionen und Pläne zu ermöglichen, durch die Gewalt erzeugt werde. "Wie viele Dinge zwischen Miami (USA) und Bogotá (Kolumbien) sind in den letzten Jahren nicht passiert? Es ist sehr schmerzhaft", kommentierte Arreaza und fügte hinzu, dass es notwendig sei, wachsam zu bleiben, "denn was in Haiti passiert ist, kann in jedem unserer Länder passieren".

"Wir waren nicht überrascht, dass es Söldner oder Kolumbianer (bei der Ermordung) waren. Was in Haiti passiert ist, gibt dem, was in Venezuela passiert ist, Wahrhaftigkeit", sagte der Außenminister. Die Maßnahmen der Behörden zur Zerschlagung krimineller Banden, die versuchten, Chaos in Venezuela zu erzeugen, stehen demnach in Zusammenhang damit. Es mache insgesamt kaum einen Unterschied, so Arreaza, wer im Oval Office sitzt, da es sich um ein System handle, das vom "Imperialismus" geprägt ist. "Was in Kuba geschieht, ist typisch für die Taktik der Demokraten; was sie in anderen Ländern der Region versuchen, darunter mit 'zivilgesellschaftlichen' Organisationen, NGOs (Nichtregierungsorganisationen), das ist typisch für Demokraten. Die Republikaner sind frontaler.", so der Außenminister weiter.

Arreaza, der bereits seit vielen Jahren in der Politik tätig ist, betonte, dass es abgesehen von den jeweiligen aktuellen Ereignissen in Lateinamerika weiterhin um die Integration, den Frieden sowie den Dialog gehe. Sehr bald stehe unter anderem erneut ein Treffen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (spanisch Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, CELAC) bevor.

"Ich bin hoffnungsvoll, dass wir bis 2030 noch mehr Räume erobert haben werden als im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts", betonte der Diplomat in dem Interview.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f2c0e648fbef54570adb52.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Juli 3:00 Uhr bis 19. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Wesjoloje**.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden

von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sieben Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Kabul ruft Botschafter aus Pakistan zurück – Neue Runde von innerafghanischen Friedensgesprächen

Als Konsequenz aus der Entführung der Tochter des afghanischen Botschafters in Pakistan hat Kabul den Chefdiplomaten und weitere Mitarbeiter der Botschaft aus Islamabad abgezogen. In Doha kamen derweil Vertreter der afghanischen Regierung und der Taliban erneut zu innerafghanischen Friedensgesprächen zusammen.

Aus Sicherheitsgründen hat Afghanistan seinen Botschafter aus Pakistan zurückbeordert. Die 26-jährige Tochter des Diplomaten war zuvor zeitweilig entführt worden. "Die Führung der Islamischen Republik Afghanistan hat den afghanischen Botschafter und hochrangige Diplomaten aus Pakistan zurückgerufen, bis alle Bedrohungen behoben sind, einschließlich der Festnahme und des Gerichtsverfahrens gegen den Entführungstäter", erklärte das afghanische Außenministerium am Sonntag. Pakistan bezeichnete den Rückruf des Botschafters als "bedauerlich".

Der pakistanische Außenminister traf sich vor der Abreise noch mit dem afghanischen Botschafter und versicherte ihm, dass Islamabad in diesem Fall uneingeschränkt mit Kabul kooperieren werde. Der pakistanische Premierminister Imran Khan stufte die Untersuchung der Entführung als ein vorrangiges Thema ein, und forderte, die Täter innerhalb von 48 Stunden zu fassen.

Das afghanische Außenministerium will eine Delegation nach Pakistan entsenden, um die Untersuchung der Entführung zu überwachen, teilte das Ministerium mit, ohne den Tag anzugeben, an dem die Delegation im Nachbarland eintreffen wird. Die 26-jährige Silsila Alichil war am Freitag von Unbekannten entführt worden. Sie war nach einigen Stunden mit Verletzungen und Fesselspuren an Handgelenken und Knöcheln wieder freigekommen. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten Afghanistan und Pakistan sind schon länger angespannt. Die afghanische Regierung wirft Pakistan vor, die Taliban zu unterstützen. Pakistan wiederum beschuldigt Afghanistan, es zuzulassen, dass militante Kräfte von afghanischem Territorium aus in die pakistanischen Gebiete vordringen und dort Anschläge verüben.

Weiter gingen am Wochenende die innerafghanischen Gespräche. Vertreter der afghanischen Regierung und der Taliban trafen sich in Doha, um die ins Stocken geratenen Friedensgespräche weiter zu führen. Der Anführer der Taliban erklärte dazu, dass sich seine Bewegung für eine politische Lösung einsetze, um den jahrzehntelangen Krieg in Afghanistan zu beenden, auch wenn die Milizen eine große Offensive im ganzen Land gestartet hätten. Delegationen der afghanischen Regierung und der Taliban teilten laut Al Jazeera in einer gemeinsamen Erklärung am Sonntag mit, dass die Gespräche ergebnislos endeten. Sie sollen aber fortgesetzt werden, um die Friedensverhandlungen zu beschleunigen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f5373f48fbef22be0e25a2.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. Juli um 9:00 Uhr 5855 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 4794 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 523 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 18. Juli wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.
Am 19. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 45.577 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
2953 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 39.186 als gesund entlassen, es gibt 3438 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 52 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 49 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 36 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1243 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 553 mit Sauerstoffunterstützung (+29) in den letzten 24 Stunden.
Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2079 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Syrien: Terroristen verüben 28 bewaffnete Angriffe in Idliber Deeskalationszone**

Anhänger der Terrorgruppe „Dschebhat an-Nusra“ haben in der Deeskalationszone um Idlib im Nordwesten Syriens 28 bewaffnete Angriffe unternommen, teilte der stellvertretende Chef des russischen Zentrums für die Versöhnung kriegsführender Parteien in Syrien, Wadim Kulit, mit.

„In der Deeskalationszone um Idlib wurden 28 bewaffnete Angriffe seitens der Terrorgruppe ‚Dschebhat an-Nusra‘ registriert (laut syrischer Seite waren es 26 Attacken). In der Provinz Idlib wurden 15 Angriffe verzeichnet, in der Provinz Latakia fünf, in der Provinz Aleppo zwei und in der Provinz Hama sechs Angriffe“, informierte Kulit am Sonntagabend in einer Pressekonferenz.

Ihm zufolge wurden in den letzten 24 Stunden keine Angriffe seitens der von der Türkei kontrollierten illegalen bewaffneten Gruppen registriert. Die Patrouillen der russischen Militärpolizeieinheiten in der Region Manbidsch in der Provinz Aleppo werden auf zwei Routen, in der Richtung Manbidsch und Karakozak, fortgesetzt, teilte er mit.

Der Syrien-Krieg dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS, Daesh) in Syrien und im Irak verkündet. In einzelnen syrischen Regionen wird jedoch weiter gekämpft, wobei eine politische Regelung, der Wiederaufbau

und eine Rückführung der Flüchtlinge in den Vordergrund treten.

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan hatten am 5. März 2020 nach sechsstündigen Verhandlungen in Moskau eine Vereinbarung zu Syrien unterzeichnet, die unter anderem einen Waffenstillstand in Idlib beinhaltete.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/1a/1055727_3:0:1998:1122_1440x0_80_0_0_678245eedc42b45c23be9e8cbd83874f.jpg

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat heute einen mobilen Punkt eingerichtet, wo man sich als Sympathisant der russischen Partei „Einiges Russland“ eintragen kann. ...

Zuvor war berichtet worden, dass als einer der ersten der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka Dokumente für ER abgegeben hat. Auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat seinen Wunsch geäußert, Mitglied von ER zu werden.

nachmittags:

snanews.de: Nord Stream 2: Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ in deutsche Gewässer eingelaufen

Das russische Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ hat dänische Gewässer verlassen, wo es an der Pipeline Nord Stream 2 baute, und Kurs auf die Wirtschaftszone Deutschlands genommen. Das erfuhr SNA vom Pressedienst des Betreiberunternehmens Nord Stream 2 AG. Nach Angaben des globalen Überwachungssystems für Schiffe, Marine Traffic, ist die „Akademik Cherskiy“ in der Nacht zum Montag in deutsche Gewässer eingelaufen. Das Schiff soll laut dem Betreiber 2,6 Kilometer Rohre für den zweiten Strang der Gaspipeline verlegen. „Alle Arbeiten werden in Übereinstimmung mit den vorliegenden Genehmigungen durchgeführt“, hieß es. Die zuständigen Dienststellen Deutschlands haben entsprechende Meldungen für Seefahrer veröffentlicht.

Nord Stream 2

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Die Gasleitung soll von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland verlaufen. Das Projekt ist zu 98 Prozent fertiggestellt.

Es ist vor allem Kiew, das aus Angst vor Einnahmeverlusten bei dem russischen Gastransit durch sein Territorium entschieden gegen die Pipeline eintritt. Auch die USA, die ihr Flüssigerdgas (LNG) in der Europäischen Union abzusetzen versuchen, weisen das Projekt zurück. Im Dezember 2019 hatten die USA restriktive Maßnahmen gegen Unternehmen verhängt, die am Bau der russischen Gaspipeline beteiligt waren, weshalb der Bau

unterbrochen werden musste. Ein Jahr später wurde die Rohrverlegung wieder aufgenommen. Anfang Juni war der erste Strang der Gaspipeline in Betrieb genommen worden. Der zweite Strang kann bis Ende August fertiggestellt werden.

Moskau hat wiederholt dazu aufgerufen, die politische Instrumentalisierung der Situation zu unterlassen. Unter anderem verwies Moskau darauf, dass die Gaspipeline nicht nur für Russland, sondern auch für die Europäische Union vorteilhaft sei.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/13/2894532_0:161:3071:1888_1440x0_80_0_0_d2ca2cb482c04935b254546b17c19afb.jpg

de.rt.com: **Inmitten der Spannungen mit der EU: Erdoğan besucht Nordzypern**

Der türkische Präsident ist am Montag zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in die selbsternannte Türkische Republik Zypern gereist. Erdoğan strebt seit Jahren nach einer Zwei-Staaten-Lösung für die Insel.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan begann am Montag einen zweitägigen offiziellen Besuch in der selbsternannten Türkische Republik Nordzypern. Er teilte im Vorfeld seiner Reise mit, er werde "gute Nachrichten" nach Zypern mitbringen.

Der Besuch könnte jedoch die Spannungen mit den griechischen Zyprioten und der Europäischen Union über die geteilte Insel im östlichen Mittelmeer weiter verschärfen. Die Beziehungen der Türkei und der Republik Zypern sind ohnehin angesichts der neuen türkischen Ambitionen im Mittelmeergebiet angespannt.

Am Dienstag wird Erdoğan an einer Veranstaltung zum 47. Jahrestag der türkischen Militärintervention auf der Insel teilnehmen und in einer Sondersitzung vor dem nordzypriotischen Parlament eine Rede halten. Bei einem umstrittenen Besuch in Nikosia auf Zypern sprach sich der türkische Staatschef im November 2020 für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung für die Insel aus. Er lehnte damit faktisch ab, den griechischen und türkischen Teil Zyperns zu vereinen.

Die Mittelmeerinsel ist seit 1974 in einen griechischen Süden und einen türkischen Norden geteilt. Die türkische Armee hatte seinerzeit nach einem Militärputsch der griechischen Zyprioten den Nordteil der Insel besetzt. Die Türkei erklärt, sie habe seinerzeit in Übereinstimmung mit einem Garantievertrag gehandelt, der 1960 bei der Gründung der Republik Zypern unterzeichnet wurde. Der Londoner Garantievertrag erlaubte Griechenland, der Türkei und dem Vereinigten Königreich, in Streitigkeiten auf der Insel einzugreifen. Seit der Gründung der TRNC 1983 wird der Norden vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als "besetzter Teil Zyperns" bezeichnet. Die Türkische Republik Nordzypern wird nur von der Regierung in Ankara anerkannt.

Die Republik Zypern ist seit 2004 EU-Mitglied. Die griechisch-zypriotische Seite und die UN unterstützen eine föderale Lösung. Mensur Akgun, Professor für internationale Beziehungen an der Istanbul Kultur University, sagte gegenüber Al Jazeera, Erdoğan werde voraussichtlich

während seines Besuchs seine Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung des Inselstreits nachdrücklich bekräftigen.

"Die Türkei hat ihre Haltung allmählich von einer föderalen Lösung auf der Insel zu einer Zwei-Staaten-Lösung verlagert, da nach jahrzehntelangen Gesprächen keine Beilegung des Streits auf der Grundlage ersterer gefunden werden konnte."

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte im Vorfeld des Treffens von Erdoğan auf Nordzypern, die EU werde einen Zweistaaten-Lösungsvorschlag für Zypern "niemals akzeptieren", berichtet AFP.

Während seines Nordzypern-Aufenthalts wird Erdoğan voraussichtlich wie im November 2020 Varosha, eine Geisterstadt am Stadtrand von Famagusta im Osten der Insel besuchen, deren griechisch-zypriotische Bewohner während des türkischen Einfalls 1974 geflohen sind.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f544bd48fbef1d367080c8.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.07.2021
In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus dreimal **Wesjoloje** beschossen und drei 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Schützenpanzer aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade am östlichen Rand von Opytnoje stationiert sind.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.

So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 28. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Schumy, Krasnogorowka und Mariupol zu blockieren.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Brigadekommandeur der 28. mechanisierten

Brigade Martschenko den unterstellten Einheiten Anweisungen erteilt, die Frontpositionen zusätzlich technisch auszurüsten. Im Zusammenhang damit ist seit dem 17. Juli eine Aktivierung der Arbeit von Mitteln der elektronischen Kriegsführung aus dem Bestand des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung festzustellen, um die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission zu behindern und die Aufdeckung von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zu verhindern.

Nach uns vorliegenden Informationen sinkt in den Einheiten der 72. Brigade, die seit November 2020 Aufgaben in der OOS-Zone erledigen, das moralisch-psychische Niveau des Personals weiter ab, was mit der langen Dauer der Ausführung von Kampfaufgaben zusammenhängt. Nach unseren Informationen hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Litwinow im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Verbrechen durch Kämpfer der 72. Brigade unter Alkohol- und Drogeneinfluss eine komplexe Kommission mit Psychologen des Stabs der operativ-taktischen Gruppe und Suchttherapeuten des 65. militärmedizinischen Hospitals in Kramatorsk in die Brigade geschickt. Die Ergebnisse der zweitägigen Arbeit zur Untersuchung des moralisch-psychischen Zustands des Personals und zur Auffindung von Soldaten, die alkohol- und drogenabhängig sind, sind nicht erfreulich. Nach Angaben der Kommission sind mehr als 60% des befragten Personals mit dem Dienst in der OOS-Zone unzufrieden und wollen ihn nach der Ankunft im ständigen Stationierungspunkt im Belaja Zerkow nicht fortsetzen. Außerdem wurden bei Untersuchungen bei 23 Soldaten Spuren von Drogenkonsum festgestellt. Gemäß dem Plan des Vorsitzenden der Kommission wird die Arbeit in der Brigade vermutlich bis zum 24. Juli laufen, es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie die Ergebnisse sein werden.

In den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen sind weiter Fälle von Diebstahl und Verkauf von militärisch-technischem Material, Waffen und Munition festzustellen. Von unseren Quellen im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ haben wir Informationen über die Arbeit von Vertretern des SBU im 15. Bataillon der 58. Panzergrenadierbrigade erhalten, bei der Fälle von Diebstahl und Verkauf von drei Tonnen Diesel, 250 Litern Motoröl sowie weiterem militärisch-technischem Material, das für die Wartung und Reparatur der Technik vorgesehen war, entdeckt wurden. Die Treibstoff- und Schmiermaterialien verkauften die Kriminellen an die Tankstelle „Fortuna“ in Dobropolje. Der vermutliche Schaden durch die kriminellen Aktivitäten des Leiters für Treibstoffdienste des Bataillons beträgt 100.000 Griwna.

snanews.de: **Frontex verspricht Litauen Hilfe bei Patrouillen an der Grenze zu Weißrussland**

Die litauische Innenministerin Agne Bilotaite hat sich mit dem Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex darüber geeinigt, mehr Ressourcen für Patrouillen an der litauisch-weißrussischen Grenze bereitzustellen. Dies teilte die Politikerin am Montag mit. Auf Litauens Anfrage hin sollen 60 Grenzschutzbeamte mit 30 Fahrzeugen und zwei Hubschraubern sowie das Personal zur Überprüfung und Befragung von Migranten im Zeitraum vom 29. Juli bis zum 6. Oktober eingesetzt werden.

„Rund 20 Offiziere und 14 Fahrzeuge sind bereits auf Patrouille, und das ist ein klares Zeichen, dass Litauen nicht alleine ist“, teilte Bilotaite gegenüber Journalisten mit. Dem Frontex-Chef Fabrice Leggeri zufolge besteht eines der Hauptziele seines Besuchs darin, die reale Situation einzuschätzen und zu kalkulieren, welche Hilfe Litauen brauche. Man könne die Erfahrung im Bereich Migration und Rückführung von Migranten austauschen, so Leggeri. 200 Mitarbeiter sollen plangemäß nach Litauen, Polen und Lettland gebracht werden.

Das Innenministerium teilte weiter mit, dass ein Hilfeplan mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen unterzeichnet worden sei und dass in der nächsten Zeit Experten und Dolmetscher nach Litauen kommen würden, um die Bearbeitung der

Asylanträge zu beschleunigen sowie mit Migranten deren Rückführung zu besprechen. Die EU-Kommissarin Ylva Johansson hatte zuvor zehn bis zwölf Millionen Euro aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds für Litauen zugesagt. Rund 2000 illegale Migranten sind dieses Jahr in Litauen festgenommen worden, im Juni alleine waren es 1435 Migranten aus Weißrussland. Litauische Behörden haben der weißrussischen Regierung vorgeworfen, dass sie der Schleusung von Migranten nichts entgegensetze.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/0f/2856422_0:43:3072:1771_1440x0_80_0_0_2f3adf262ecc5855515ff8797065cd89.jpg

de.rt.com: Tichanowskaja ruft zum Machtwechsel in Weißrussland auf: "Mit Bidens Hilfe setzen wir uns durch"

Die weißrussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja fordert die Unterstützung der USA, um den Machtwechsel in ihrem Land zu vollziehen.

Während eines Besuchs in Washington hat die weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja die USA aufgerufen, an dem Machtwechsel in Weißrussland mitzuwirken. In einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der US-Zeitschrift National Interest äußerte die 39-jährige Aktivistin, die in Litauen im Exil lebt, die Hoffnung, dass US-Präsident Joe Biden direkt in die Innenpolitik des osteuropäischen Staates eingreifen wird:

"Mit Bidens Hilfe werden wir uns durchsetzen."

Tichanowskaja zähle auf die Biden-Regierung, um "die bedrängte Opposition zu stärken und Weißrussland zu demokratisieren". Sie bezeichnete Lukaschenko als "komplette Marionette" und argumentierte, dass er kein idealer Verbündeter für Russland sei. Auf die Frage, ob sie hofft, sich in Zukunft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu treffen, antwortete sie, dass sie es nicht wisse.

Unterdessen verliert die weißrussische Opposition in den letzten Monaten im Inland an Zustimmung. Bei einer kürzlich von der Londoner Denkfabrik Chatham House veröffentlichten Befragung von insgesamt 937 Weißrussen im April dieses Jahres ergab die Studie, dass nur jeder Zehnte der Meinung ist, dass Tichanowskaja eine gute Präsidentin sei, verglichen mit jedem Vierten für Lukaschenko.

Wiktor Babariko, der inhaftierte ehemalige Präsidentschaftskandidat von Weißrussland, wird von rund einem Drittel der Befragten unterstützt. Der ehemalige Chef der Belgazprombank wurde zu 14 Jahren Gefängnis wegen angeblicher Geldwäsche, Bestechung und

Steuerhinterziehung verurteilt. Babariko bestreitet die Vorwürfe.

Die Umfrage hat zudem ergeben, dass nur jeder vierte Weißrusse glaubt, dass Lukaschenko dieses Jahr zurücktreten wird. 19 Prozent sind dagegen der Meinung, dass er mindestens noch für eine weitere Amtszeit antreten wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60f58ee8b480cc199f436356.jpg>